

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/17126 –

Verstärktes und effektiveres Vorgehen gegen die Ausbreitung des Islamismus in Deutschland

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert eine wachsende Ausbreitung und Einflussnahme der islamischen Organisation der Muslimbruderschaft auf staatliche Strukturen und Institutionen in Deutschland, welche im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehe und daher verstärkt überwacht werden müsse.

Sie fordert die Bundesregierung daher auf, die Muslimbruderschaft sowie deren Ableger und Netzwerke verstärkt zu beobachten, insbesondere die Deutsche Muslimische Gemeinschaft e. V. (DMG), und ein Verbot der Organisationen aus den gesammelten Erkenntnissen zu prüfen. Zudem solle der Moschee-Verband Ditib im Hinblick auf etwaige verfassungswidrige staatspolitische Ziele und Netzwerkstrukturen zur Muslimbruderschaft umfassender analysiert und geeignete Maßnahmen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung umgesetzt werden. Darüber hinaus solle eine tiefgehende bilaterale Sicherheitskooperation mit Israel zur Bekämpfung von islamistischem Terrorismus im Bereich der jeweiligen innerstaatlichen Gefahrenabwehr angestrebt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/17126 abzulehnen.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Marian Wendt
Berichterstatter

Uli Grötsch
Berichterstatter

Martin Hess
Berichterstatter

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marian Wendt, Uli Grötsch, Martin Hess, Linda Teuteberg, Ulla Jelpke und Dr. Irene Mihalic**I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/17126** wurde in der 146. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Februar 2020 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 102. Sitzung am 9. September 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/17126 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/17126 in seiner 102. Sitzung am 7. Oktober 2020 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Berlin, den 7. Oktober 2020

Marian Wendt
Berichtersteller

Uli Grötsch
Berichtersteller

Martin Hess
Berichtersteller

Linda Teuteberg
Berichterstellerin

Ulla Jelpke
Berichterstellerin

Dr. Irene Mihalic
Berichterstellerin

